

trieren, aus den krisenhaften Erscheinungen herauszukommen, die Lasten des Expansionsprogramms auf die Länder und Gemeinden, vor allem auf die Werktätigen, abzuwälzen und alle Potenzen zum Nutzen der großen Monopole für die Verwirklichung ihrer Politik zu mobilisieren. Die „Wahlrechtsreform“ soll durch einschneidende Verfassungsänderungen verhindern, daß eine demokratische Partei in das Parlament einzieht, und sie soll helfen, die Monopolherrschaft — verkörpert durch die CDU/CSU — zu festigen. Bei all dem sind heute die herrschenden Kreise gezwungen, raffinierter als zur Zeit der „Machtübernahme“ durch den Hitlerfaschismus 1933 vorzugehen. Die scheindemokratische Fassade soll möglichst bestehenbleiben. Sie soll den Vormarsch des Neonazismus decken.

Ändert der Eintritt von sozialdemokratischen Ministern in die CDU/CSU-Regierung etwas am Klassencharakter des Bonner Staates?

Nichts ändert sich. Denn die SP-Führung hat sich entschieden, diesmal bei der Expansionspolitik des deutschen Imperialismus dabei zusein. Schon auf dem Godesberger Parteitag der westdeutschen Sozialdemokraten 1959 wurde deutlich, daß ihre reaktionären rechten Führer systematisch auf die politi-

Das Wichtigste: Allseitige Stärkung der DDR

Ohne und gegen die Bevölkerung aber kann diese Politik nicht verwirklicht werden. Darum die geistige Manipulierung der Menschen. Die modernsten Massenbeeinflussungsmittel, die heute in den Händen weniger Monopole (Springer, Bertelsmann u. a.) konzentriert sind, werden mit den raffiniertesten Methoden

sehe Selbstaufgabe der Sozialdemokratie und den völligen Übergang auf die Positionen des Imperialismus hinarbeiten. Ihre aktive Mitwirkung im Kabinett der CDU /CSU hat eine doppelte Funktion zu erfüllen. Einerseits soll die für die geplanten Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament durch die „Große Koalition“ gesichert werden, andererseits sollen die Gewerkschaften und andere Organisationen der Arbeiterklasse in die staatsmonopolistische Ordnung integriert werden. Die rechten Führer der Sozialdemokratie liefern also die Arbeiterklasse der reaktionären, aggressiven Politik der Rüstungsmonopole aus.

Das Gesamtprogramm der Kiesinger Strauß-Regierung ist, wie Genosse Walter Ulbricht auf der 14. ZK-Tagung hervorhob, innen- wie außenpolitisch im wesentlichen das „revanchistische und sozialreaktionäre Programm der CDU/CSU-Führung, also das Programm eines ausgeprägten Rechtskurses“. Mit neuen taktischen Elementen soll die Rolle des deutschen Imperialismus als Speerspitze gegen den Sozialismus, soll die alte revanchistische Politik fortgesetzt werden. Nicht zufällig beginnen gerade in dieser Phase der Expansionspolitik die Kräfte des Neonazismus ihr Haupt zu erheben.

eingesetzt, um die Bevölkerung nationalistisch, neonazistisch zu verhetzen, mit dem Antikommunismus zu vergiften und für eine Aggression bereitzumachen. Die Entwicklung eines „nationalistischen Machtbewußtseins“ soll der Hauptinhalt des zu schaffenden „gesellschaftlichen Gesamtbewußtseins“ sein. So wie der

Faschismus sich bemühte, jene „Volksgemeinschaft“ ideologisch zu schaffen, so versucht heute die Kiesinger/Strauß-Regierung mit der Demagogie von der „Demokratie für alle“, dem angeblichen Bestehen eines „Gesamtinteresses“, eines „Gemeinwohles“ die Hirne der Menschen im Interesse des Monopolkapitals zu formieren.

Doch damit können der Klassenantagonismus und der antidemokratische Charakter dieses Staates nicht aufgehoben werden.

Es zeigt sich: In der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik herrschen echte Demokratie und Freiheit. In ihr entwickelt sich eine neue sozialistische Menschengemeinschaft, die die Zukunft Deutschlands repräsentiert. Im westdeutschen Staat dagegen herrschen antidemokratische volksfeindliche Kräfte.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich? Das Wichtigste ist die allseitige Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, der souveränen sozialistischen DDR, und die Sicherung des Lebens ihrer Bürger und ihrer Errungenschaften mit allen notwendigen Mitteln gegen die Anschläge des westdeutschen Imperialismus und Militarismus.

In Westdeutschland ist die durchgreifende demokratische Umwälzung durch Zurückdrängung und Entmachtung des Imperialismus und Militarismus mit der vereinten Kraft der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte historisch notwendig, um — gestützt auf die Herrschaft des Volkes — auch hier den Weg zum Sozialismus zu bahnen. Das ist die einzige geschichtliche Alternative.

Joachim Eichstädt